

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Versuch einer sozialpsychologischen Analyse des Oberbadischen Aufstandes im September 1923

Mundhenke, Karlheinz

Heidelberg, 1930

C) Unmittelbare und mittelbare Folgen der Versailler
Friedensvertragsbestimmungen für das Wiesen- und obere Rheintal

[urn:nbn:de:bsz:31-322859](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-322859)

Arbeiterheer gestellt habe, soll einen zahlenmäßigen Ueberblick über die Fluktuation
vermöcht geben:

Einzugs-Meldeliste 1918 Lörrach.

Zusammen 4021 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1918 Lörrach.

Zusammen 2332 Personen.

Einzugs-Meldeliste 1919 Lörrach.

Zusammen 5671 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1919 Lörrach.

Zusammen 4336 Personen.

Einzugs-Meldeliste 1920 Lörrach.

Zusammen 3251 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1920 Lörrach.

Zusammen 3342 Personen.

Einzugs-Meldeliste 1921 Lörrach.

Zusammen 2284 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1921 Lörrach.

Zusammen 2111 Personen.

Einzugs-Meldeliste 1922 Lörrach.

Zusammen 2435 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1922 Lörrach.

Zusammen 2040 Personen.

Einzugs-Meldeliste 1923 Lörrach.

Zusammen 2109 Personen.

Auszugs-Meldeliste 1923 Lörrach.

Zusammen 2057 Personen.

Daß trotzdem die Einwanderungslisten ein Plus gegenüber den Auswan-
derungslisten aufweisen, beruht auf Faktoren, die ich im nächsten Ab-
schnitt erläutern möchte.

C) Unmittelbare und mittelbare Folgen der Versailler Friedensvertrags- Bestimmungen für das Wiesen- und obere Rheintal.

Da vor dem Kriege starke Verknüpfungen zwischen Elsaß-Lothringen
und der südwestlichen Ecke Badens bestanden hatten, kamen nach der
Uebergabe des Reichslandes an Frankreich das Wiesen- und obere Rhein-
tal in erster Linie als Aufnahmegebiete für die ausgewiesenen Elsaß-Loth-
ringer in Betracht. Ferner konzentrierten sich in jener Gegend alle die
Leute, die vor dem Kriege in der Schweiz beruflich tätig gewesen waren,
dann sich zum Heeresdienst melden mußten und nun wieder auf die Ein-
reiseerlaubnis nach der Schweiz warteten. Diese beiden Kategorien,
der Flüchtlinge und der Wehrleute, belasteten in außerordentlicher Weise
das Bevölkerungsniveau. Die Schweizer Behörden siebten tüchtig und
gestatteten im allgemeinen nur denselben die Wiederaufnahme der
früheren Tätigkeit, die sich während ihres Aufenthaltes nichts hatten zu-
schulden kommen lassen. Den anderen wurde der Zugang untersagt.
Unter diesen befanden sich zum Teil recht „zweifelhafte Elemente“, die
infolge ihrer Mittellosigkeit nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten
und nun der sozialen Unterstützung anheimfielen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den elsass-lothringischen Flüchtlingen *).

Die Psyche dieser Menschen, von Erbitterung, Haß und moralischer Hemmungslosigkeit genährt, barg eine große Ansteckungsgefahr in sich. Diese Annahme durfte umso berechtigter sein, da auf Grund der vorausgegangenen Abhandlungen der Boden für die Ausbreitung revolutionärer Gedanken als gut vorbereitet gelten mußte. Hinzu kam aber noch ein anderer Umstand, der zweifellos vermieden werden konnte.

Da das Angebot der heimischen Facharbeiter in manchen Gewerbezweigen nicht ausreichte, alle Spezialposten zu besetzen, sah sich schließlich die Industrie gezwungen, fremde Kräfte heranzuziehen. Gewiß wurde damit der Wirtschaft ein Dienst erwiesen, aber das soziologische Gebilde wurde dadurch nur noch mannigfaltiger. In der Regel wurden junge Leute eingestellt; die Anwerbung älterer schlug meistens fehl, da bei ihnen die natürlichen Bindungen an Familie und Milieu ausschlaggebend waren. Durch diesen neuen Zuzug wurde die Masse der „freien, nicht zu verlieren habenden Existenzen“ beständig frisch aufgefüllt.

Und nun noch ein Wort über die Wohnungsverhältnisse. Die traurigen Zustände auf diesem Gebiete waren allerdings keine typische Ausnahmerscheinung, sondern ganz Deutschland hatte darunter zu leiden. Hier war lediglich der Grad der Stärke maßgebend. Das Untersuchungsgebiet war (neben Mannheim und einigen anderen badischen Bezirken **) am schwersten von diesem Uebel betroffen. Zur Illustrierung ein paar Zahlen, die ich dem Tätigkeitsbericht des Lörracher Wohnungsamtes vom Jahre 1920 entnommen habe ***). Die Zahl der Wohnungsuchenden ist während des einjährigen Bestehens der Behörde von rund 200 auf 300 (1. Juni 1920) gestiegen. Die Anträge setzten sich folgendermaßen zusammen:

- 100 zwecks Gründung eines neuen Hausstandes
- 100 wegen Platzmangels in der jetzigen Wohnung
- 30 von Flüchtlingsfamilien und Auslandsdeutschen
- 30 von Beamten (Zoll, Post, Gendarmerie)
- 40 von hier tätigen, neu hinzugezogenen Familien.

Der Rest verteilt sich auf Arbeitskräfte aus der Industrie.

Im gleichen Jahr waren annähernd 300 ehemalige Wehrleute aus der Schweiz vorwiegend in Schlafstätten untergebracht, die häufig völlig unsozial und unhygienisch waren und obendrein nur gegen wucherische Preise gemietet werden konnten.

Als zweiter Beleg dient ein Freiburger Aktenstück, das gleichfalls von Anfang 1920 stammt. Die Zahl der Haushaltungen in Freiburg betrug 1919 19772. Das sind 2285 oder 12,8 Prozent mehr als bei der Zählung 1910. Diese Zahl ist erheblich rascher gestiegen als die

*) Siehe hierzu: Gugelmeier, Das schwarze Jahr.

**) Hierunter befand sich Freiburg.

***) Später sind leider keine mehr veröffentlicht worden.

Bevölkerungszahl, die in dem gleichen Zeitraum nur eine Zunahme von 3577 Personen zu verzeichnen hatte*).

Trotz aller erdenklichen Mühe konnten diese zum Teil katastrophalen Tatbestände nicht von heute auf morgen beseitigt werden, und alle Gegenmaßnahmen waren mehr oder minder aus dem Augenblick heraus geboren, ohne die eigentlichen Ursachen dieser Mißstände wirksam zu bekämpfen. Hierfür fehlten in erster Linie die finanziellen Mittel.

Der Kapitalbedarf der Wirtschaft und des Staates nahm infolge der Geldentwertung ungeahnte Dimensionen an. Die immer schärfer werdende Geld- und Kapitalknappheit trieb breite Volksschichten dem Verarmungsprozeß entgegen. Der Index der Lebenshaltungskosten belief sich im Januar 1922 auf 1825 und stieg bis Dezember auf 68 506. Dies bedeutete eine Zunahme der Teuerung um 3750 Prozent. Die Notstandsarbeiten, die Wohlfahrtseinrichtungen, eine künstliche Niederhaltung des Teuerungsindezes gegenüber anderen badischen Landstrichen und eine nicht über den Rahmen des Durchschnittes gehende Gemeinde- und Kreissteuerepolitik**) fielen bei Erwägung der anderen Momente kaum mehr in die Waagschale.

DI Politische Wandlungen in den Nachkriegsjahren.

Die Fragen: Warum konnte sich das neue innerpolitische System trotzdem behaupten? Warum erfolgte von seiten der Wirtschaft keine Reaktion? zu beantworten, ist nicht leicht, zumal die damaligen Verhältnisse noch in lebhafter Erinnerung sind, und daher bei der Beurteilung der Dinge eine gänzliche Verdrängung der subjektiven Meinungen ausgeschlossen erscheint.

Zu dem Zweck ist eine Vergegenwärtigung der Lage von Ende 1918 nicht zu umgehen. Mit der Abschaffung der Monarchie und der Ausrufung der Republik waren verfassungsrechtlich die Geschicke des Staates in die Hände der deutschen Staatsbürger gelegt. Hand in Hand mit der Wandlung vollzog sich eine merkliche Annäherung zwischen „Wirtschaft“ und „Politik“. Indem das Volk selber die Leitung und die Verantwortung für alle Vorgänge übernommen hatte, mußte die Basis des Aktionsradius beträchtlich erweitert werden. Auch die politischen Parteien mußten dieser Entwicklung Rechnung tragen und schoben die wirtschaftlichen Forderungen mit in den Vordergrund ihres Programms. Das heutige Ergebnis eines Wahlaktes offenbart in viel stärkerem Maße als früher gleichzeitig ein politisches und wirtschaftliches Bekenntnis. Die wirtschaftlichen Postulate der alten Parteien deckten eher stark qualifizierte soziologische Unterschiede auf; die eigentlichen Ansprüche der Wirtschaft konnten ihrer Bedeutung nach in dem früheren Rahmen niemals ganz zum Ausdruck kommen. Von dieser Warte aus betrachtet, hätte

*) Ziffernmäßige Unterlagen für die anderen Jahre konnte ich leider sonst nirgendswo bekommen. Das Buch „Der Wohnungsbau in Baden“ fußt vornehmlich auf Angaben von 1924.

**) In Mannheim, Ettlingen, Heidelberg, Billingen, Schwetzingen, Freiburg, Kehl usw. waren die Umlagen viel höher.